

Haben Sie die Konsultation schon erledigt?

Emil Küng

aus Obstalden
ist SVP-Landrat



Kürzlich befasste sich ein Artikel in der «Südostschweiz» mit den grössten Industrie-Unternehmen im Kanton Glarus. Die Feststellung, dass wir ein Industrie-Standort sind, gilt nach wie vor, und die Branche bietet einen grossen Anteil der Arbeitsplätze im Kanton. Viele der Unternehmen sind auf den Import von Rohstoffen und den Export ihrer hochwertigen Güter angewiesen. Ein Austausch, der einfach funktionieren soll und natürlich zu einem beachtlichen Teil mit den Ländern der EU stattfindet.

Diese Tatsache erinnert mich daran, dass der Bundesrat das institutionelle Rahmenabkommen in eine Konsultation geschickt hat. Wenn man eine Konsultation in diesem Fall als eine gemeinsame Beratung verstehen kann, dann ist es ein dringendes Gebot, dass die Glarnerinnen und Glarner diese Diskus-

«Selbst arbeite ich übrigens noch an der Meinungsbildung; eine Tendenz zeichnet sich aber ab.»

sion führen. Dies eben deshalb, weil unser Industrie-Kanton wirtschaftlich eng mit den Ländern der EU verflochten ist.

Vor diesem Hintergrund müssen wir eine gründliche Analyse vornehmen und uns ins vielschichtige Thema vertiefen. Es reicht nicht, wenn wir das Rahmenabkommen aus einer grundsätzlich positiven oder negativen Haltung gegenüber der EU beurteilen. Es genügt aber auch nicht, wenn wir das Rahmenabkommen alleine mit Blick auf die exportorientierten Unternehmen bewerten. In unserem Kanton gibt es weitere Bereiche, die vom Rahmenabkommen betroffen sind.

Das Rahmenabkommen will etwa staatliche Beihilfen so regeln, dass Bund und Kantone bei der Gestaltung der Rahmenbe-

dingungen für Unternehmen sich am Niveau der EU orientieren müssen. Was abstrakt tönt, kann man an einem Beispiel benennen: Die Staatsgarantie zugunsten der Glarner Kantonalbank wäre bestimmt ein Streitpunkt.

Apropos Streitpunkt: Einigen sich die Schweiz und die EU in einem Konflikt nicht, soll künftig ein Schiedsgericht eingesetzt werden können, und wenn sich dort zeigt, dass der Streit EU-Recht betrifft, soll der Europäische Gerichtshof urteilen. Ich finde, Glarnerinnen und Glarner müssen sich bezüglich dieses Verfahrens eine Meinung bilden. Dabei dürfen wir berücksichtigen, dass wir es gewohnt sind, Entscheide näher bei uns – etwa an der Landsgemeinde – zu treffen und Gerichte im Glarnerland oder beim Bund für uns Urteile erlassen.

Ich hoffe, Sie beschäftigen sich intensiv mit dem Rahmenabkommen und gewichten die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Aspekte, damit Sie eine klar begründete Haltung einnehmen können.

Selbst arbeite ich übrigens noch an der Meinungsbildung; eine Tendenz zeichnet sich aber ab.